

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 31

Halle (S.), Sonnabend, 10. Oktober 1925

1. Jahrgang

Handelsminister Schreiber über die Wirtschaftslage

Die Entwicklung unseres Flugwesens — „Wirtschaftspolitik mit dem Blick auf die Gesamtheit“ — Sorgfältige Sozialpolitik — Zölle und Steuern — Verwaltungsreform.

Der Landtagsabgeordnete des Wahlkreises Halle-Merseburg, der Reichliche Handelsminister Dr. Schreiber, hielt vor einigen Tagen bei Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbedirektion im Reichstag eine große angelegte Rede, deren Gedankengang wir unten Lezern nachfolgend wiedergeben:

Der Minister wies darauf hin, daß 900 000 Mark Mehrausgaben für die Unterhaltung der See- und Binnenschiffe vorgesehen sind, und daß die Mehrzahl für den Kauf und die Reparatur von 32 Millionen Mark erforderlich. Die Wirtschaft soll immer noch mit der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung in Einklang stehen und die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung in Einklang stehen und die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung in Einklang stehen.

Flugwesen

nd auf die Einschränkungen durch den Vertrag zu sprechen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß man bei den jetzt beginnenden Verhandlungen die Länder einander so nahe bringen könne, daß auch auf diesem Gebiete die unerlässlichen Vereinbarungen des friedlichen Flugverkehrs für Deutschland erfüllt werden. Nach den bisherigen Zahlen für 1925 ist damit zu rechnen, daß sich die Zahl der auf deutschen Flugzeugen befördernden Passagiere ebenso wie die Zahl der Frachtposten und die Größe der zurückgelegten Strecken vervielfacht hat. Bei den Verhandlungen

Handelsverträge

elle die Regierung immer wieder den Gesichtspunkt in den Vordergrund, daß Wirtschaftspolitik mit dem Blick auf die Gesamtheit und nicht auf die Sonderinteressen einer kleinen, aber rührigen Einzelgruppe der Wirtschaft zu betreiben ist. Eine

sozialpolitische Politik

im Interesse der Zukunft unseres Volkes eine nationale Aufgabe, daß diese die Sozialpolitik nicht scheitern lassen. Bei der Verleihung der Promotions-Erfugnisse für die Handelshochschule Berlin ande es sich um nichts anderes, als um ein Recht, wie bereits den wirtschaftlichen Fakultäten, die der Handelshochschule Berlin entsprechen, den Handelshochschulen in Bonn und Frankfurt a. M. seit einiger Zeit zuteil.

Der Minister kam dann auf das

Verhältnis Preußens zu der Reichsbahn-Gesellschaft zu sprechen. Die Rechte Preußens seien stark

eingeschränkt. Man müsse darauf achten, daß der Preußen verlebene geringe Einfluß irgendwie nicht noch weiter beschränkt wird. In der Elektrizitätsversorgung und bei der Gefahr, daß sich Monopole bilden, die den Verbrauchern einseitig die Preise vorzuschreiben könnten. Der staatliche Einfluß müsse hier eine solche Entwicklung zu verhindern suchen.

Was die

Wirtschaftslage im allgemeinen

angehe, so sei die zu erwartende Entwicklung sehr unübersichtlich. Ein düsterer Pessimismus sei jedenfalls ebenso bedenklich wie ein Optimismus. Evidentlich sei, daß sich auf dem Gebiete der

Kohlenwirtschaft

in letzter Zeit eine Verbundung zum Besseren eingestellt habe. In Oberschlesien ist die Förderung stark gesteigert worden, und die Halben konnten fast reiflos geräumt werden. Auch im niederschlesischen Kohlengebiet habe sich die Lage im Monat September gebessert, und im Ruhrgebiet dürfe der Tiefstand zum mindesten erreicht sein.

Der Minister ging dann auch auf die

Neuordnung der deutschen Zollpolitik

ein. Er wies darauf hin, daß die deutsche Grenze in diesem Jahre wesentlich besser sei, und daß dadurch wohl nicht nur eine Belebung des inneren Marktes, sondern auch eine Verminderung der Einfuhr herbeigeführt werden könne. Das sicherste Mittel, die Ausfuhr zu heben, und die Einfuhr einzuschränken, wäre die Senkung der deutschen Zölle.

In der Wirtschaft sehe sich ein gewisser Ausweichungsprozeß weiter durch. Monatelang würden jetzt ungefähr 800 Konten den eröffnet. Das entspräche etwa dem Zustand der Vorkriegszeit. Auf diesem Wege würde sich wohl alsdann wieder der Grundfalsch durchsetzen: „Großer Umsatz, kleiner Nutzen“.

Im Interesse des Preisabbaues sei dringend eine

Erleichterung der Steuerlasten

zu wünschen. In seinem Ministerium seien in den letzten Tagen Erhebungen angestellt worden, die ergeben haben, daß die Steuerlast gegenwärtig im Durchschnitt mindestens das Fünffache der Vorkriegszeit beträgt. Das Ist-Aufkommen an Steuern betrage

in den ersten fünf Monaten des laufenden Etatsjahres im Reiche einen Ueberschuß von nicht weniger als 382 Millionen Mark. Die Aufgabe der Länder müsse es sein, bei der Neugestaltung der

Gewerbesteuer

darauf hinzuwirken, daß diese Steuer nicht so stark mißbraucht wird, wie es durch manche Gemeinden geschehen ist und noch geschieht.

Der Handelsminister sieht in einer entschiedenen

Verwaltungsreform

einen geeigneten Weg zur Herabsetzung der gewaltigen Lasten der Wirtschaft. In den Industriegebieten dürfe die Eingemindungsfrage zur Durchführung einer größeren Wirtschaftlichkeit der Verwaltung nicht weiter zurückgestellt werden. Die Klagen über die Höhe der Eisenbahntrahnen seien verständlich. Man müsse aber berücksichtigen, daß die Reichsbahn-Gesellschaft mit einer ungeheuren Pensionslast belastet sei. Auf 339 000 aktive Beamte kommen bei der Deutschen Reichsbahn gegenwärtig nicht weniger als 230 000 Beamte im Ruhestand. Es werde daher eine allgemeine Tarifherabsetzung zur Zeit kaum erreichbar sein. Der Minister erklärte aber, die Reichsbahn müsse sich entschließen, mehr als bisher Sonderabläufe einzuräumen und die jetzige Stafflung der Tarife nachzuprüfen.

Die Produktion in Deutschland werde erheblich belastet durch

das hohe Zinsniveau.

Die Herabsetzung der Zinsen werde erwünscht, weil die von den Banken ausgehenden Gelder zu nicht unwillkommenen Teilen aus dem Auslande flammen und infolgedessen bestimmte Zinsverpflichtungen vereinbart worden seien. Sehr erfreulich sei

der Spartrieb,

der sich langsam wieder entwickle. Im ersten Halbjahr 1925 seien pro Kopf, auch unter Berücksichtigung der Geldentwertung, höhere Einlagen bei den Sparkassen gemacht worden als vor dem Kriege. Der Minister schloß seine Rede mit dem Hinweis, daß doch gewisse

Anzeichen der Gesundung

der deutschen Wirtschaft vorliegen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich diese Anzeichen deutlicher abheben werden, wenn die Pariser Verhandlungen in Locarno zur Befriedung Europas und zur Befreiung Deutschlands führen.

Störenfriede.

Zwei Elemente haben den Beginn der Konferenz von Locarno schwer, doch nicht zu verhindern noch die Verhandlungen zu gefährden vermocht: die Russen und die Deutschnationalen. Der

Reichsminister in Berlin

die Ministerien in große Aufregung versetzt; sie sprachen von einer „Bombe“, ähnlich dem Kapsel-Bertrag der Konferenz in Genoa. Deutschland hat kein Interesse an einem „Sowjet-Russland“, und es ist nicht die Absicht, in dem Sowjet-Russland einen Verbündeten Europas zu gefährden, und bedankt sich für die Einwirkung politischer Ratschläge des russischen Offizierskommandanten für ausmaßige Angelegenheiten. Deutschland freuen wir uns über den besorgten Eifer Reichsministers in den Abschlüssen des

deutsch-russischen Handelsvertrages

der allem als deutsche Beweise dafür, daß Deutschland der Welt wieder etwas gibt und etwas zu bieten vermag, so bedeutet die Stärkung von Seiten Russlands zugleich ein Attentat in unserer politischen Haushaltsschlage, was von den deutsch-nationalen Totalitaristen leider nicht haupten kann.

Ueber die sogenannten

Kriegsschuldfrage

nd sich die Deutschen fast aller Parteien einig; nicht aber der die Wirkungsoffiziere ihrer Bekämpfung. Wir erwarten die Lösung dieser Frage einzig von der wissenschaftlichen Forschung; die Deutschnationalen ansehend, so, sonst hätten sie sich an dieser Arbeit intensiver beteiligt. Wenn man aber das Heil von einer diplomati-

Reichsminister a. D. Hugo Preuß †

(Eig. Telegramm.)

Wir erhalten soeben die Nachricht, daß Minister Preuß in vergangener Nacht plötzlich verstorben ist.

sehen Aktion erhofft, dann sollte man diese Offensive etwas weniger ungeschickt beginnen, als es hier geschehen ist. So lange die Deutschnationalen die Erfüllungspolitik mitmachen, ging alles glatt vonstatten. Als die Regierung zum ersten Male ihren Wünschen und Direktiven folgte, haben wir eine peinliche außenpolitische Niederlage erlebt. Wäre die Konferenz an dieser einzig auf die deutsch-nationalen Wähler berechneten Geleise gescheitert, es wäre dieser verantwortungsbehafteten Partei nur lieb gewesen; denn das hätte sie nur aus einer fatalen Zwangsmittel befreit. Was liegt ihr an der Bekämpfung Europas? Was ist ihr Gebot? Man wundert sich über-

haupt, daß diese Partei solchen Wort auf das Reimwaisen von einem Mafel legt, den sie sonst garnicht als solchen empfindet. Sie hält die Entfesselung eines für „nationalen“ Interesses zu führenden Kriege als höchstwertiges, wohl aber den Pazifismus für ein Verbrechen! Daher brennt in Wahrheit die Klärung dieser Frage viel heißer, denn auf dem Herzen, denn der Krieg und seine Anklage wirklich das schwerste Verbrechen bedeuten. Unser Volk vom ungerechten Vorwurfe der Urheberlichkeit am Weltkriege zu befreien, ist unser Bestreben. Die Deutschnationalen aber haben, wie der Gesandte in Porzellananden soeben alles entzwei getrampt, was in mühseliger Arbeit auf diesem Gebiete bisher aufgebaut wurde.

Selbst die „Deutsche Zeitung“ ruft aus:

„Wir haben uns blamiert, grenzenlos blamiert, und unsere Regierenden sind noch dabei stolz auf das, was wir ihrer Meinung nach erreicht haben!“ Diefelbe „D.Z.“ weilt recht richtig nach, daß das Kabinett Bauers-Graberger-Müller (Franken) einen weit wirkungsloseren Protest gegen die Kriegsschuldfrage losgelassen habe, als die jetzige „national“ Regierung. Wir haben uns selbst denmaßen in Einklang mit der „D.Z.“ befinden und möchten nur noch ergänzend hinzufügen, daß vor allem das Kabinett Bauers-Graberger-Müller (Franken) ebensoviele wie später die Regierung Marx — nicht die grenzenlose Torheit begangen haben, die Ministerien zu einer Antwort und folglich zu einer erneuten Festlegung auf die Kriegsschuldfrage des Versailles Vertrages zu veranlassen.

Das „Gewissen“ nennt den Schritt in der Schuldfrage einen „großen Reinfall“ und fügt hinzu: „Alle Ausrede, daß die Verhaftung als einseitiger Akt keine Rücksicht auf die unverständliche Behandlung von außen zu nehmen brauche und man mit einer solchen lauberen Reaktion der Gegner auf alle Fälle rechnete, ist ebensoviele unpolit-

tisch, wie die Taktik der Regierungen in dieser Frage überhaupt."

Der Gesamtvorsitz des

Kreisvereins Potsdam der D.M.B.

hat eine gegen die Regierung sehr unfreundliche Entschlie-
ßung angenommen, in der die deutsch-nationalen Mitglieder
zum Ausschreiben aus der Regierung auf-
gefordert werden.

Die Regierung, die selbstverständlich nicht beachtete
Aufforderung, die Kriegsfußtruppe gleich bei der Eröff-
nung der Konferenz von Locarno in die Debatte zu ziehen!
"Nationale" Heiden haben sogar zahlreiche anonyme
Drohbriefe an den Reichsanwalt und den Reichsaussen-
minister gerichtet, des Inhalts, daß diejenigen, die den Patis-
vertrag unterzeichnen wollten,

nicht lebend an ihr Reiseziel gelangen

würden. Es sind weitgehende Sicherheitsmaßnahmen
zum Schutze unserer Unterhändler in Locarno getroffen
worden; dennoch hat die letzte Erkrankung Stresemanns
zu Beginn der Konferenz zu den wildsten Gerüchten An-
laß gegeben.

Wir hoffen, daß Luther und Stresemann
unter dem klaren Himmel Locarnos von den Weitein-
liebendsten Gemütern der Mitglieder der „brennenden“
Regierungspartei sich erholen und den katastrophalen Ent-
schlüssen ihrer deutsch-nationalen Ministerkollegen sich ent-
gänglich entziehen werden.

Chamberlain hat unseren Unterhändlern eine
Brücke in die Konferenz gebaut, als er vor der Presse in
Locarno sagte, er sei „beejelt von dem Wunsche,
das Vergangene begangen sein zu lassen“.

und er glaube nicht, daß das Vergangene den Erfolg der
dortigen Arbeit in Frage stelle.

Möchte dem so sein, und möchte die Prophezeiung
der „Tribuna“ sich erfüllen, „daß die Konferenz eine
neue Wendung der Weltgeschichte, ja vielleicht den Eintritt
Europas in

„eine Periode wahren Friedens und Wiederaufbaus“
bedeuten werde!

F. M. D.

Arbeit für den Frieden.

Von der Weltpresse in diesen Tagen der vielen Kon-
ferenzen weniger beachtet, lagte in der zweiten September-
woche in Lugernburg der Kongreß der Christlich-
demokratischen Friedensorganisation,
deren Gründer und unermüdbare Führer der ehemalige
französische Abgeordnete und Kampfer der jung-fatho-
lischen Bewegung Frankreichs, Marc Sanguier, ist.
Zum Unterschied vom vorausgegangenen Pariser
Weltfriedenskongreß hat man hier in Lugern-
burg bei den Verhandlungen der schwierigsten Probleme
sich einer mehr realen Nüchternheit befleißigt, in der Er-
kenntnis, daß noch so schöne Ziele, noch so hinreichend vor-
getragen, das praktische Ziel näher bringen. Dies
soll im übrigen kein Vorwurf für die Pariser Tagung sein
die ja, wie alle Weltfriedenskongresse, einen mehr propa-
gandistischen Zweck verfolgte. Trotz dieser Einschränkung
ist man aber in Lugernburg in manchen Punkten weiter
gegangen als in Paris. So wurden z.B. in einer Resolu-
tion die Sanktionen überhaupit verworfen
was in Paris nicht gelang. Auch wurde eine Entschlie-
ßung gefaßt, und zwar mit Zustimmung der französischen
Delegierten, daß die Ribbentrop'schen Wohlthaten des
Internationalen Roten Kreuzes gestrichen müßten,
gleichfalls ein Thema, das in Paris nur gestreift wurde.
Der Rahmen des eigentlichen Programms der Lu-
gerner Tagung, welches von Marc Sanguier

als Schaffung einer internationalen Friedensmoralität
(positivistischer Unterricht in den Schulen) umschrieben
wurde, erwies sich als zu eng. Denn darüber hinaus be-
schloß man sich auch intendiert mit der **letzigen Vorbereit-**
ung des Friedens durch konkrete Vorschläge über den
Sicherheitspakt, den Schutz der nationalen Minoritäten
und Kolonialdilemma usw. Man sollte eben, daß eine so-
fortige **Vorgehensweise** mindestens ebenso wichtig sei, wie die
langwierige Herstellung einer moralischen Atmosphäre.
Von besonderem Optimismus in der Beurteilung der
jetzigen internationalen Lage zeugt das eben nicht bei
Deutschen, denen man leicht eine zu optimistische Auffassung
der internationalen Dinge vorwirft.

Die Vorschläge sind also nicht nur Schwärmer, son-
dern auch Realisten, welche mit der rauen Wirklichkeit
zu rechnen vermögen. Am übrigen konnte man sich im
Gespräch mit nachgehenden deutschen und französischen
Persönlichkeiten davon überzeugen, daß alle vom Ergeb-
nis des Lugerner Kongresses tief befriedigt waren.

Dr. H. Wolter.

Kirchensteuer.

Von

Ingenieur Rudolf Kirchhoff, Halle.

Die Höhe der für das laufende Kirchenjahr zur Er-
hebung gelangenden Kirchensteuer hat auch in durchaus
kirchenfreundlichen Kreisen großen Unwillen erregt. Dies
ist ohne weiteres begreiflich, wenn man sich vergegen-
wärtigt, daß die Kirchensteuer im Durchschnitt gegen früher
das Dreifache beträgt. Bei Lohnsteuer-
pflichtigen ergibt sich infolge unrichtiger Berechnungs-
methoden der Kirchenbehörden in zahlreichen Fällen sogar
eine Zwösfache Steigerung und darüber hinaus. Für die Ver-
anlagung der Kirchensteuer hat der Reichsminister der Fi-
nanzen Bestimmungen erlassen, die nachstehend näher er-
örtert werden.

a) Einkommensteuerpflichtige: Alle Einkommen-
steuerpflichtigen haben 15 Prozent der im Wege der
Borauszahlung zu entrichtenden (Staats-) Einkommen-
steuer mit dieser zusammen an die Finanzämter als Kirchen-
steuer zu zahlen. Hierbei gehören auch alle diejenigen
Lohnsteuerpflichtigen mit den geringen Beträgen, die sie
über ihren Lohnsteuerbetrag hinaus als Vorauszahlung zu
leisten haben. Diese Bestimmung ist klar und einfach zu
handhaben.

b) Lohnsteuerpflichtige: Arbeiter, Angestellte,
Beamte. Da bei den Lohnsteuerpflichtigen eine Zusammen-
stellung der im Wege des Lohnabzugsverfahrens gezahlten
Beträge überhaupt nicht erfolgt, hat hier der Reichsminister
der Finanzen eine anderweitige Regelung getroffen. Unter
Zugrundelegung der Befoldungsordnung sind vom
Reichsminister der Finanzen 14 Steuergruppen geschaffen,
und zwar 1—9 für die Befoldungsgruppen A 1 bis A 13
und 10—14 für B 1 bis B 7, also vom niedrigstbezahlten
Beamten bis zur Stufe Reichsanwalt. Für jede dieser
14 Steuergruppen ist ein entprechender durchschnittlicher
Pauschbetrag festgesetzt, der die im Jahre 1924 im Wege
des Lohnabzugsverfahrens gezahlten Steuerabgabebeträge
erzielt bzw. darstellt und in seiner Höhe jeweils sehr be-
sonnig ist. Es sei ausdrücklich bemerkt, daß alle Arbeit-
nehmer bei richtiger Anwendung der Pauschsätze
durchaus befriedigt sein können.

Für alle Beamten und Behörden-Angestellten ist die
Anwendung ohne weiteres klar, denn bei jedem Pausch-
betrag steht die Befoldungsgruppe daneben.

Arbeiter und private Angestellte, die ja Be-
dauerlicherweise nicht nach der Befoldungsordnung
bezoget werden, müssen erst auf Grund der Höhe ihres
Einkommens in die betreffende Stufe der Befoldungs-
ordnung eingruppiert werden, um den für sie jeweils rich-
tigen Prozentsatz finden zu können; natürlich sind Wohn-
ungsgeld, Frauengeld und Kindergeld jedesmal zu
berücksichtigen. Trotzdem die nachstehend wörtlich wieder-
gegebenen Werte Stellen aus der ministeriellen Verordnung
vom 18. Februar 1925 gar keinen anderen Weg als den
vorstehend beschriebenen zulassen, wird es in Halle speziell
zum Nachteil privater Angestellter gänzlich anders gehand-
habt.

Der amtliche Text lautet: „Zur Vermeidung von Zwei-
feln, weise ich darauf hin, daß die in Spalte 2 der Ueber-
sicht beigefügten Beträge die Einkommensteuer-Pauschsätze
darstellen, und daß für die Kirchensteuer nur die
Erhebung eines Hundertteltes dieser Beträge in Be-
tracht kommen kann.“

Und der Text der ersten Gruppe der Ueberübersicht lautet
z. B.:

„Beamte des Reichs, der Länder, Gemeinden und son-
stiger Körperschaften des öffentlichen Rechtes in Befol-
dungsgruppe A 1 und sonstige (private) Arbeit-
nehmer mit nicht höherem Einkommen, wenn sie im
Jahre 1924 Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn
überhaupt entrichtet haben.“

Zur Gruppe 2:
„Beamte des Reiches usw. in den Befoldungsgruppen
A 2 und A 3, Angestellte des Reiches usw. in Vergütungs-
gruppe 3 und sonstige Arbeitnehmer mit entsprechendem
Einkommen.“

Die weiteren Gruppen haben den gleichen Text. Auch
der evangelische Oberkirchenrat weist in seinen Richtlinien
vom 28. Juni 1925 an die Kirchengemeinden und
Parochialverbände in Ziffer 7 ausdrücklich auf die richtige
Einreihung in die entsprechenden Gruppen hin. Auch von
den übrigen Richtlinien ist leider in Halle wenig Gebrauch
gemacht worden.

Die Praxis hiesiger Kirchenstellen läuft den vorstehen-
den und noch anderen Bestimmungen glatt zuwider, u. a.
wird bei Reklamationen eine Befreiung über den vor-
richtigen Steuerbetrag verlangt. Diese Forderung ist
nicht nur falsch, sondern auch ungesetzlich. Der vorläufige
Steuerbetrag kommt in keiner Weise für die Veranlagung
in Betracht, und es wäre sehr wünschenswert, wenn sich
alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer dem Vorgehen ver-
schiedener großen Firmen angeschlossen und eine deutliche
Angabe verweigern würden, lediglich das Einkommen
1924 ist maßgebend.

Gegen die falsche Berechnungsart der hiesigen Kirchen-
stellen ist höherer Orts Einspruch erhoben worden. So-
bald der Einspruch vorliegt, wird er an dieser Stelle ver-
öffentlicht.

Aus der Frauenbewegung Mütter, schützt die Staatsschule.

Von Lenka von Körber.

Es ist das größte Verhängnis unserer parteipoliti-
schen Entwicklung, daß die Religion in sich mißbraucht und
um weltlichen Zwecken zu dienen. Die Gründung und der
Aufbau der christlichen Elternvereine ist dafür ein Be-
weis, und die Erlöse gehen, wie geschieht die mütterliche
Unkenntnis rückwärtsstrebenden Zielen nutzbar gemacht

daß Gemeingut werden, daß Gewalt keine Probleme löst,
und das wird auch für die Verhältnisse in Deutschland zu-
gunsten der Demokratie zurückzuführen.

Ein völkerverfeindliche Kritiker in der Nationallibe-
ralen Korrespondenz freut sich unendlich darüber, daß
nun von Demokraten selbst die kritische Lage der Demokra-
tie zugegeben wird. Seine Freude würde weniger groß
sein, wenn er von der Schrift Bonn mehr als den
bloßen Titel gelesen hätte. Denn dann würde er wissen,
daß heutzutage die Krise der Demokratie zugleich die
Krisis des staatlichen Lebens überhaupt darstellt. Eine
dauernde Rückkehr zu der politischen Verfassung der Vor-
zeit ist unmöglich. Die letzten zehn Jahre haben
dem Leben der Völker und vor allem der deutschen Nation
einen Stempel aufgedrückt, der sich auf keine Weise
entfernen läßt. Wer nicht den Niedergang will, muß
vorneis streben, und da ist besonders der Deutschen Demokra-
tischen Partei, der vornehmsten Hüterin der Demokra-
tie, ein weites Feld der Betätigung gemessen. Es gibt
Leute, die der Ansicht sind, daß nach der Schaffung der Weimarer
Verfassung die Aufgabe der Demokratischen Partei in
der Hauptsache erledigt sei, und die sich deshalb von ihr
abgewandt haben, politischen Gruppen zu, bei denen sie ihre
persönlichen Interessen besonders gut gewahrt glauben.
Nichts jedoch ist verkehrter, als anzunehmen, die Demokra-
tische Partei habe ihre Bestimmung bereits erfüllt. Im
Gegenteil, ihre eigentlichen Bestimmungen haben jetzt zu be-
ginnen. Reichsminister Koch hat auf der letzten Tagung
der Demokratischen Jugend hierauf bereits mit vollem
Recht hingewiesen und die Forderung erhoben, daß die
Demokratische Partei, die sich bisher meist defensiv verhalten
hatte, nun zur frischen Offensive übergehen müsse. Es
ist es Verwirklichung aller Überwände, die sich gegen den
demokratischen Gedanken seitens der Reaktion ergeben oder der
denklosen Anhänger des alten Regimes erheben,
Kampf gegen alle Gewaltpolitik, restlose Anspannung der
demokratischen Einrichtungen an die Eigentümlichkeiten des
öffentlichen Lebens in Deutschland, Erziehung zu der
Gleichwertigkeit des gesamten Menschentums, Sinti-
anerkennung alles persönlichen Egoismus hinter das Wohl der
Allgemeinheit — das ist ein Programm für die Demokra-
tische Partei, für das immer mehr Anhänger zu werden
eine lohnende und — wie wir sehr glauben — fruchtbarere Zu-
kunftsaufgabe sein wird.

Seniellen

„Die Krisis der Demokratie“

Unter dem Titel „Die Krisis der europäischen Demokra-
tie“ hat Prof. Bonn, der bekannte demokratische Poli-
tiker und Volkswirtschaftler, unlängst ein Buch veröf-
fentlicht, das in gleicher Weise äußerst lehrreich ist für die
Freunde wie für die Gegner der demokratischen Weltan-
schauung — für die Letzteren besonders darum, weil bei
dieser Gelegenheit die ihnen so nötige Aufklärung über das
Wesen der Demokratie gegeben wird, für die Ersteren, weil
sie hier eine ebenso gründliche wie geistreiche Zusammen-
stellung der Hemmnisse vorfinden, denen zurzeit die Ent-
wicklung der Demokratie in Europa unterliegt. Und da
diese Hemmnisse gerade in Deutschland am stärksten und
zahlreichsten sind, so bildet dieses Buch hauptsächlich für
uns Deutsche eine wertvolle Quelle, die über die tatsäch-
lich herrschenden Zustände unterrichtet. Wenn es sich der Ver-
fasser auch verweigert, ein ausführliches positives Programm
zur Lösung dieser Krisis vorzulegen, so gibt doch sein Werk
auch gleichsam unwillkürlich den Demokraten Lehren mit
auf den Weg, die sie selber beherzigen werden.

Zu den mannigfachen Kräften, die gegen den Grund-
satz der Demokratie, also der Mehrheitsberechtigung, an-
kämpfen, rechnet Bonn einmal die zwisfischen Schichten
der Vergangenheit, wie Bürokratie und bevorzugte Stände,
die den Klientel gegenüber dem Volkstaat vertreten.
Und ferner gehören dazu auch die reinen Wirtschaftsmächte,
die, durch freien Wettbewerb und Rechtsgleichheit empor-
gekommen, eine wirtschaftlich monopolisierte Machtstellung
erworben haben und den Ausbau und die Fortentwicklung
dieser Stellung durch die politische Mehrheitsberechtigung ge-
fährdet sehen. Dazu kommen jedoch die Minderheitsinter-
essen des Proletariats, die ihre Minderheitsinteressen nur
durch diktatorische Verengung der Mehrheit durch-
setzen können. Und zu ihnen stoßen schließlich „autoritari-
stisch-gemittelte Intellektuelle, die als Herrschaftsrecht der
Minderheit teils aus ihrer Zugehörigkeit zu einer solchen,
teils aus romantischem Hang zu einer farbigen Gesell-
schaftsgestaltung ableiten, in der aktive, in funktellen Zu-

keiten ausgeschlossene Einzelberechtigtheiten der tragen, ein-
zigen Masse gegenübersteht, die als Demokratie gilt.“

Unter der dieser Seite her drohenden Gefahr
wird aber unsere Existenz die Demokratie im Laufe der
Zeit her werden. Sie sind geschichtlich bedingt, hervor-
gerufen durch die Umwälzung von 1918 und nachträglich
geleitet durch die wirtschaftlich und politisch so nieder-
drückenden Folgen des Weltkrieges. Bonn sagt einmal
ironisch in dem vorliegenden Buch, wenn die alliierten
Regierungen wirklich den christlichen Wunsch gehabt hätten,
der deutschen demokratischen Republik den Daseinsstempel zu
erleichtern, so hätten sie im Vertrag von Versailles ver-
langt müssen, daß Wilhelm der Zweite als Kaiser nach
Deutschland zurückkehre und bis zur Abtragung sämtlicher
Reparationsverpflichtungen an der Regierung bleibe. Das
wäre allerdings ein Radikalmittel; aber auch so wird die
Demokratie, davon sind wir fest überzeugt, in vollem Um-
fange und mit dem besten Erfolge die politische Erziehungs-
arbeit zu leisten vermögen, die darin besteht, den breiten
Massen immer wieder in die Erinnerung zu rufen, daß die
demokratische Republik das Erbe der Monarchie zu einer
Zeit angetreten hat, als diese Monarchie bereits bankrot
gemacht hatte, daß es also ihre Hauptaufgabe in der
Gegenwart sein muß, zunächst einmal die unerreichte Er-
bschaft zu liquidieren, die ihre Vorgänger hinterlassen hat,
und die sie unter keinen Umständen auszuliegen durfte.
Dagegen wird ein anderer Einwand gegen das demokra-
tische System nicht so leicht wegzuräumen sein; nämlich der,
daß bei der heute vorhandenen wirtschaftlichen und politi-
schen Zersplittertheit eine dauernde feste Mehrheitsbildung
der parlamentarischen Demokratie bei uns nicht möglich ist,
und daß infolgedessen die gegenwärtigen Aufgaben des
Staates erledigt werden. Diejenigen, die dieser Auf-
fassung sind — dazu gehören u. a. Kolonial-Imperialisten,
Sindikalisten, Faschisten der verschiedensten nationalstän-
digen Färbung und Volkswelten — müssen demgegenüber
keinen anderen Ausweg, als daß sie an die Gewalt anset-
zen und die Einwirkung der Diktatur verlangen. Nun
ist es aber ein Wort für uns, daß gerade in der letzten
Zeit in mehreren Ländern die in dieser Hinsicht unternommenen
Versuche daran gescheitert sind, daß sie auch von der be-
schriebenen Katastrophe abzuwenden. Wie sich schon jetzt er-
kennen läßt, wird daher auch bei uns die Ueberzeugung

Das neue Wahlgesetz für Provinziallandtage und Kreistage.

Die für den 29. November anberaumten Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen finden nach einem neuen Wahlgesetz statt, das im Vergleich zu dem vom 23. 12. 1920 bisher in Geltung gewesenen wesentliche Änderungen enthält.

Der bisherige Verfassungskreis der Provinziallandtage eine große Reihe von Kreisen und in den Kreistagen häufig wichtige Kreisteile untertreten blieben, wird durch das neue Wahlgesetz möglichst eingestrichelt.

Für die Gesamtzahl der auf die Provinz nach Maßgabe der Einwohnerzahl entfallenden Abgeordneten sind getreffe Aufstellung 113 Sitze ergeben. Dabei entfallen auf den Regierungsbezirk Magdeburg 45, auf Merseburg 49 und auf Erfurt 19 Abgeordnete. Zum Provinzialwahlleiter ist der Landesbauplanm. Dr. Hübener, zu Wahlkommissaren sind in den einzelnen Wahlbezirken die Landräte bzw. die Oberbürgermeister ernannt.

Die Zahl der Kreisabgeordneten beträgt in Kreisen mit 30 000 oder weniger Einwohnern 20. Sie erhöht sich in Kreisen mit 30 000 bis zu 50 000 Einwohnern für jede angefangene 5 000 und in Kreisen mit mehr als 50 000 Einwohnern für jede angefangene weiteren 10 000 um je einen Kreisabgeordneten.

Alle über 20 Jahre alten reichsdeutschen Männer und Frauen, die ihren Wohnsitz im Gebiete der Provinz (des Kreises) haben, sind wahlberechtigt und nach Vollendung des 25. Lebensjahres wählbar.

Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt. Sie müssen alle ungelassenen Bezirkswahlvorläufe (Kreiswahlvorläufe) enthalten.

Die Bezirkswahlvorläufe (Kreiswahlvorläufe) müssen von mindestens 10 Wahlberechtigten unterschrieben sein. Die Wahlvorläufe sind bei den oben bezeichneten Wahlkommissaren bis zu einem von diesen festzusetzenden Termin schriftlich einzureichen und von einem Vertrauensmann und dessen Stellvertreter zu unterschreiben.

Die Bezirkswahlvorläufe für die Provinziallandtagswahl, auch aus verschiedenen Wahlbezirken, sind mit einem gemeinsamen Kennwort, für uns: „Deutsche Demokratische Partei“, zu versehen und gelten damit anderen Bezirkswahlvorläufen gegenüber als verbunden. Unzulässig ist dagegen eine Verbindung der Kreiswahlvorläufe.

Eine sehr wesentliche Änderung des Gesetzes besteht in folgendem: Wenn ein Abgeordneter die Wahl ablehnt oder vor Ablauf der Wahlzeit ausscheidet, oder wenn die Wahl eines Abgeordneten für ungültig erklärt wird, so kann die Mehrheit der wahlberechtigten Unterzeichner eines Wahlvorlaufes die Reihenfolge, in der das Nachrücken für das erledigte Mandat erfolgt, ändern. Das heißt also, daß den Unterzeichnern des Wahlvorlaufes ein während der Legislaturperiode dauerndes Mitbestimmungsrecht über die Nachbesetzung von Mandaten zugesprochen wird.

Um bei Einziehung von Wahlvorläufen dem Einbringen kleiner und kleiner Splitterparteien zu henen, werden bei der Verteilung der Mandate nur solche Gruppen berücksichtigt, die entweder an abgegebenen gültigen Stimmen in einem Wahlbezirk mindestens die Verteilungszahl oder insgesamt mindestens die doppelte Verteilungszahl erhalten haben.

Zur Errechnung dieser Verteilungszahl wird zunächst die Gesamtzahl der in der Provinz abgegebenen gültigen Stimmen durch die vorher festgestellte Zahl der Abgeordneten geteilt und auf diese Weise bestimmt, auf wieviel gültige Stimmen ein Abgeordneter entfällt. Dann werden die Abgeordneten auf die Wahlvorläufe mit gemeinsamem Kennwort verteilt, soweit sie sich durch die Verteilungszahl teilen lassen, und hierauf die übrigbleibenden Reststimmen berücksichtigt.

Im Anluß daran erfolgt dann die Verteilung der Abgeordneten innerhalb eines Regierungsbezirks auf die Gruppen mit einem gemeinsamen Kennwort und auf die einzelnen Bezirkswahlvorläufe.

Daß die Wahlen zum Provinziallandtag und Kreistag von nicht geringerer Bedeutung sind, als die Wahlen zu den großen Parlamenten, sei nochmals unterstrichen. Die Reichsparteien gehen bereits die Parole aus, daß sie versuchen wollen, durch Provinziallandtage und Kreistage Kreuze von unten aus zu erobern, nachdem ihnen dies im Preussischen Landtag vorgebeugelt. Gegen diese Veruche muß mit aller Energie von uns angeklämpft werden. Besonders aber müssen auch die Frauen den Wahlen zum Provinziallandtag und Kreistag das größte Interesse entgegenbringen. Die Aufgaben beider Körperschaften auf dem Gebiet von Wohlfahrtsleistungen und Angelegenheiten der Schule sind von starker Bedeutung. Beide Parlamente sind überhaupt das „Sprachrohr der Bevölkerung unserer engeren Heimat und dürfen nicht wieder wie vor dem Kriege, zur Domäne der Herrschaft jener Leute werden, die jeden Andersdenkenden als nationalfeindlich beschimpfen. Dazu kommt, daß die Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen unter den politischen Verhältnissen als

Stimmungsbild der Wählerschaft

gegenüber den Wortführern der Reichsparteien in der inneren Politik und dem jämmerlichen Zusammenbruch nationalistischer Parteien in der äußeren Politik gelten werden. Ebenso bieten sie Gelegenheit, mit der Steuer- und Zollpolitik der Reichsparteien, die zu einer untraglichen Verteuerung der Lebenshaltung und der Produktion und damit zu einer Lähmung des deutschen Wirtschaftslebens geführt hat, abzurechnen. Alle demokratisch gesinnten Wähler und Wählerinnen müssen ihre Pflicht tun, die Verteilungen betonen und besonders im Bekanntheitskreis und überall von Mund zu Mund werden für die Parole: Gegen die nationalstischen Wortführer!

J. Dornblith.

An unsere Leser!

Wir bitten unsere Leser herzlich, mindestens einen neuen Abonnenten für unser Blatt zu werben! Sie müssen uns helfen, daß wir vorwärtskommen!

Die Neuanmeldung eines neuen Abonnenten erfolgt am besten auf dem Postamt im Wohnort des Bestehers, indem Name und Adresse des Neuanzunehmenden schriftlich angegeben und der Abonnementspreis für einen Monat (5 Pf.), zuzüglich 6 Pf. Postgebühren, als zusammen 11 Pf.) dort eingekassiert wird. Die Anmeldung hat bis spätestens 25. d. M. stattzufinden; nach dem 25. berechnet die Post eine Sondergebühr von 20 Pf. Dem Postboten des Bestehers ist einzuführen, daß er am Monatsende das Abonnement automatisch erneuert.

Wir rechnen auf Ihre bereits bewiesenes Interesse, wir brauchen Ihre Hilfe!

Schriftleitung und Verlag.

Hausfrau und die Jolle“, den alle Interessenten im Paralebiro erhalten können.

Gräfin Dohna sprach dann noch über die bevorstehenden Provinzial-Landtags- und Kreistagswahlen. Der zweite Vortragsabend brachte eine Besprechung von Paragraph 218. Den eingehenden Bericht von Frau Dr. med. Schröder-Delitzsch und Frau Bennewitz-Halle folgte eine lebhaft ausgeführte, über dieses schwierige Thema, das alle Frauen zu ernsthaftem Nachdenken veranlassen sollte. Eine Aufhebung des Paragraph 218 wurde von beiden Referentinnen abgelehnt, eine Milderung der bestehenden Bestimmungen aber beauftragt und als wirksamen Schutz sozialpolitischer Maßnahmen empfohlen: Erleichterung der Lebensbedingungen für kinderreiche Familien, erweiterte Fürsorge für Mutter und Kind. Der dritte Vortragsabend findet am Freitag, den 16. Oktober, abends 8,15 Uhr im „Nikolaus“ statt. Frau Irma Wolff spricht über die Dresdener Tagung des Bundes Deutscher Frauenvereine, die unter dem Motto: „Der Frauennille in der sozial-hygienischen und Kultur-Gesetzgebung“ steht.

Alle demokratischen Frauen werden gebeten, zu erscheinen. Gaste können eingeführt werden.

Jugendmoleton-Halle.

Dienstag, den 12. 10., abends 8 Uhr findet ein Vortrag von Herrn stud. jur. C. o. h. n über: „Rassenfragen statt. Versammlungsort: Schutzhof-Restaurant, Merseburgerstr. 10, Eck Königl.“. Anschließend an den Vortrag veranstalten wir eine Reichstagsmodellierung. Nach Schluß des offiziellen Teils noch geistliches Beisammensein.

Wir erwarten, daß alle an diesem Abend, der ein sehr reichhaltiges und interessantes Programm enthält, erscheinen. Bringt Freunde und Bekannte mit!

Republikanischer Frauenabend Halle.

Sonabend, den 17. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volksparks“ Feier des 1. Stiftungsfestes. Eintritt 50 Pf. Redebeitrag wird zu Gunsten der durch das Inwertsetzen der Geschäftsführer verwandt. Um zahlreichen Besuch wird gebeten. Gaste willkommen.

Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Halle.

Die angekündigte Mitgliederversammlung mußte leider verschoben werden. Sie findet nunmehr am Freitag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr im „Schwarzen Bär“ statt. Vortrag von Redakteur Hohst: „Der Pazifismus und seine Richtungen.“ — Gaste willkommen.

Postanstalt

An die

Exemplar

„Politischer Wegweiser“

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland

für Montag den 29. November 1925

von monatlich 50 Pfennig

zuzüglich 6 Pfennig Postgebühren

von einer empfanglichen

Sie beziehen hiermit

Name

Ort

Straße

jurde. Die christlichen Elternvereine haben bei ihrer Agitation niemals von einer Befennnisschule gesprochen, sondern zumeist allgemeingültige Ziele aufgestellt, die jede Mutter unterzeichnen konnte. Jetzt dagegen wird von der einen Seite das Bedürfnis nach der Befennnisschule als dringende Forderung dieser Elternschaft dargestellt. In Wirklichkeit lagert sich die Kirche wieder einmal ihren weltlichen Arm und benutzt die Erziehungsberechtigten, die im Staat seines Rechtes zu entfalten.

Es war begrifflich, daß die unter den Folgen der Nachkriegszeit so schwerleidenden Mütter jede Ausstufung auf eine höhere Erziehungsbasis ergriffen und, statt aus einer Regelstellung der Gegenwart heraus den Selbstständigkeitsgedräng der Jugend zu erkennen, seine Urdrängen in irgendeiner religiöser Unterweisung haben. Dabei wurde über die Möglichkeit, daß die Gemeinschaftsschule den Religionsunterricht je nach der Entscheidung der Erziehungsberechtigten bietet, daß Kinder wie Baden garnichts anderes, als die Simulanschule (Gemeinschaftsschule) kennen. In geschichtlicher Weise hat die politisch orientierte Kirche im bisherigen Kampf für den Religionsunterricht innerhalb der Schule gegen die weltliche Schule schon lange für die Befennnisschule getämpft, während es bei christlichem Fortschreiten ganz einfach gewesen wäre, sich mit der Forderung der Demokraten auf die Gemeinschaftsschule zu einigen.

Der jetzt vorliegende Reichschulgesetzentwurf verkehrt den Sinn der Verfassungsk Bestimmungen in ihr Gegenteil und fordert mit rückfalliger Offenheit eine Akerifizierung des gesamten Schulwesens. Damit würde auch der weltliche Schule als „Weltanschauungsschule“ das gleiche Recht zugebilligt werden. Viele Mütter verwechseln die weltliche Schule mit der Gemeinschaftsschule und wissen nicht, daß diese den Religionsunterricht in die Hände der Konfessionen legen wollte, die Weltanschauungsschule aber eine ausgeprochene Förderung des Sozialismus bedeutet. Darum wurde durch diese Spaltung in „Befennnisschule“ und „Weltanschauungsschule“ als unumgängliche Folge der Forderungen des Reichschulgesetzentwurfes ein Riß durch die gesamte Bevölkerung gehen und eine Entfremdung festzulegen, die gerade durch die für alle Kinder gemeinsame Volksschule beseitigt werden soll. Eine Zerstückelung der Volksschule in viele Befennnisschulen in kleinen Gemeinden ist dann unvermeidlich. Dazu wird die Lehrerschaft zur Heuchelei erzogen, wenn sie nach ihrer sonstigen Überzeugung festgelegt und kontrolliert wird, und in ständiger Abhängigkeit von der Kirche lebt. Wie schädigend das für unsere Kinder sein muß, liegt auf der Hand. Dazu wird die Freiheit des Kindes in seinem Rechte auf eine gründliche Allgemeinbildung im Sinne der Volksgemeinschaft unterbunden. Das Kind wird gewaltsam in eine enge Form gepreßt, aus der es sich in seinem späteren Leben bei anderer Einstellung nur mit harten geistigen Kämpfen lösen kann. Damit hängt die ungeliebte Gefahr zusammen, das Kind auf religiösem Gebiete krumm zu machen, es als eine konventionelle Standespflicht hinzunehmen, sich dem Gegebenen anzupassen und später im Leben dementsprechend zu handeln.

Dieser Reichschulgesetzentwurf trägt in keinem Teile die Schmachtd auf einer Verkümmung des Volkes mit religiösen Werten in sich. Im Gegenteil: seine Forderungen entfernen breite Massen der Beispielscheu sein, weil die Konfessionsschule in ihrem Dogmatismus ein Zerstückelung zeigt, das mit dem wahren Kern des Christentums nichts zu tun hat. Und ist es der Kirche wirklich gleich, daß durch die Zerstückelung der Volksschule viele Kinder innerhalb der Weltanschauungsschule von jedem Religionsunterricht getrennt sind? Wie können es aber z. B. kirchlich denkende Sozialisten verantworten, ihre Kinder in eine Befennnisschule zu schicken, die jede freie Entwicklung des Kindes durch Konfessionalisierung des gesamten Unterrichtes unterbinden muß.

Darum müssen die Mütter jetzt endlich wach werden, erkennen was auf dem Spiele steht, ja das gesamte Bildungswesen der weltlichen Mächte von der Kirche erfährt wird. Es gilt darum mit allen Kräften für die alle Kinder gemeinsam umschließende Gemeinschaftsschule zu kämpfen. Denn unsere Pflicht als Mütter ist es, unseren Kindern den Weg zu bahnen, damit sie zu freien, entscheidungsfähigen Menschen heranwachsen und fähig werden, sich ihre innerliche und beständige Überzeugung in Gewissensfreiheit zu formen.

Ans den Vereinen

Halle.

- Dienstag, 13. 10., abends 6 Uhr Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes in der Geschäftsstelle.
- Donnerstag, 15. 10., abends 8,15 Uhr Sitzung des Gesamtvorstandes im Neumarkt-Schützenhaus.
- Sonabend, 17. 10., nachmittags 3,30 Uhr Kreisparlament des Saalkreises. Einladungen erfolgen noch.
- Sonntag, 18. 10., vormittags 11 Uhr Sitzung des gesamten Bezirksvorstandes in der Geschäftsstelle St. Nikolaus.

Weißenfels.

Freitag, 16. 10., abends 8 Uhr große öffentliche Versammlung. Redner: Hausminister und Landtagsabgeordneter Dr. Schreiber.

Deutschdemokratische Frauengruppe Halle.

Die Vortragsabende der Frauengruppe haben wieder begonnen. In der ersten Versammlung wurde über Wohnungsnot und Feuerung gesprochen und über die bevorstehenden Provinzial-Landtags- und Kreistagswahlen. Die Wohnungsnot wurde als Quelle unglücklicher Elends bezeichnet, als Ursache ständiger Verarmungslage in weiten Kreisen unseres Volkes. Scharfe Kritik fand bei der Verwendung der Hauszinssteuer, deren Erträge allein dem Wohnungsbau dienen müßten.

Ueber die Feuerung legte Frau Irma Wolff statistisches Material vor. Die Rednerin wies auf einen vorzüglichen Aufsatz von Dr. Gertrud Bäumer hin, die

Mitteilungen

Stückerheit.

Am 6. d. M. feierte Herr Regierungsrat Soupe und seine Gattin in Halle das Fest der silbernen Hochzeit. Unser Blatt bringt dem Jubelpaar noch nachträglich herzliche Glückwünsche dar.

Neue Bücher

Im Verlage des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe der Deutschen Demokratischen Partei ist eine Flugchrift „Drei Milliarden zu viel Steuern“ erschienen. Die Schrift enthält eine Zusammenstellung der Gedankengänge der in der Parlamentsarbeit von der demokratischen Reichstagsfraktion vertretenen Auffassung, daß nur bei grundsätzlicher Abkehr von der gegenwärtigen Finanz- und Steuerpolitik die Gesundung unserer inneren Wirtschaft

herbeigeführt werden kann. Für die eingeschriebenen Mitglieder des Halleschen Vereines steht die Schrift, soweit der Vorrat reicht, in unserer Geschäftsstelle kostenlos zur Verfügung. Die Ortsvereine im Bezirk können die benötigten Exemplare ebenfalls kostenlos von der Geschäftsstelle des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe in Berlin NW. 7, Dorotheenstr. 36, anfordern. Wir bitten die Parteifreunde im Bezirk, von diesem Angebot Gebrauch zu machen und die Propaganda unter den interessierten Parteifreunden zu verbreiten.

Die Bezirksgeschäftsstelle.

Die wechselnden Launen

der Länder und Völker äußern sich am klarsten in ihren Stilen. In der sechsten erschienenen achten Lieferung des „Kleinen Brochhaus“ finden wir zwei Tafeln, auf denen die typischen Möbelformen aller Zeiten und Völker abgebildet sind. Den Anfang der Serie macht ein wunderbar mit Blattgold und bunten Einlagen verzierter Sessel aus der Zeit des ägyptischen Königs Tutench-Amun, der vor vielen tausend Jahren gelebt hat. Das letzte Bild zeigt uns

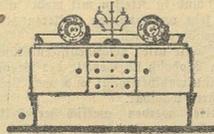
einen ganz modernen Stuhl aus dem Bauhaus Weimar, der in seiner Schönheit nur die öffentliche Linie betont. Beim Durchlesen des Festes werden wir immer von neuem überrascht von seiner Reichhaltigkeit und der völlig unparteiischen Einstellung bis auf die allerjüngsten Ereignisse. Eine anhaltende Erklärung über Zeitners Notorizität gibt uns Verständnis für diese neueste Ausnutzung physischer Gelehrte. Die Ueberflüssigen Reichsverfassung und Schulwesen sollte jeder Deutsche studiert haben. Alles in allem können wir wiederum sagen, daß der „Kleine Brochhaus“ großen Wissensstoff in sich birgt, daß er wohl kaum eine an ihn gerichtete Frage unbeantwortet läßt. Wir können jedem, der Wert auf ein wirklich gutes Nachschlagewerk legt, raten, es sich zu bestellen oder wenigstens so gering, daß die Anschaffung des Wertes aus dem Unbemittelten ermöglicht ist.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Freda Marie Gräfin zu Dohna; für den Anzeigenteil und Verlag: Deutsche Demokratische Partei. Sämtlich in Halle. Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Delitzsch.

Möbelfabrik

Th. Pollak

Halle a. Saale. Große Ulrichstr. 3



Grosse Auswahl

Billige Preise

Zahlungserleichterung

Möbel-Ausstellung

Verkauf gegen ganz bequeme Teilzahlung

- Möbel für 50 Mk. Anzahlung 10.
- Möbel für 100 Mk. Anzahlung 15.
- Möbel für 300 Mk. Anzahlung 50.
- Möbel für 600 Mk. Anzahlung 80.
- Möbel für 1000 Mk. Anzahlung 150.
- Möbel für 1250 Mk. Anzahlung 200.
- Möbel für 1500 Mk. Anzahlung 250.

Herrenzimmer
Wohn- und Schlafzimmer
Korbmöbel
Kinderwagen
Aparte Küchen
sow. einzelne Möbelstücke
als Sofas, Chaiselongues, Bettstellen und Matratzen, Schränke, Verklöss, Kommoden, Spiegel, Küchenschränke, Tische, Stühle usw.

Kredit nach Wunsch.
Möbelhaus **N. Fuchs**
Halle (Saale)
Große Ulrichstraße Nr. 58
I., II. und III. Etage
(im Hause der Nordsee).
Kein Laden!



EIN GENIALES SYSTEM

ist unsere Krediteinrichtung.

Wir liefern sämtliche

Bekleidungsgegenstände

Ihnen sofort mit kleiner Anzahlung.

Wäsche- und Kontektlionsvertrieb,
Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 4, I. Etage.

Werbt neue Abonnenten!
Gebt Adressen für kostenlose Probeflieferungen auf!

Selbstbinder

riesige Auswahl und moderne Farben, kariert und gestreift.

Preisliste:

- Mk. 1.00 1.45 1.85 2.50
- 2.95 3.50 3.95 4.50

Moritz Rosewitz
Halle S., Steinweg 7.

Damen- und Herren-Wäsche

kaufen Sie bei

J. Glücksmann
Halle a. S. Markt 6.

Mustöpfe

2	2 1/2	3 1/2	5	7 Liter
1,35	1,45	1,85	2,25	2,95

Einlegetöpfe

8	11	13	17	20 Liter
1,35	1,45	1,85	2,25	2,95

Einkochapparat „Erika“ 5.95
komplett mit Thermometer und 8 Spangen

Steinweg 45.
Gr. Ulrichstr. 9
Reitstr. 1.
Sobel
Eckhfen
Immendorf
Könnern
Halle a. S.

Drucklachen

für jeden Bedarf liefern wir schnell, sauber und preiswert
Allg. Zeitung, Delitzsch
Halleische Straße 1

Inferieren erhöht den Umsatz!

Ein Angebot von unerreichter Billigkeit!

Cheviot in allen Farben, doppelt breit Meter 3.75 3.40 2.95 2.25	1⁸⁵	Velour de laine (Affenhaut) für Mäntel und Kostüme, in vielen Farben, la Qualität, reine Wolle... Meter 13.75 11.75 9.75	8⁷⁵	Rips und Gabardine la. Qualität, neueste Farben, bis 130 cm breit. Meter 10.50 9.25 7.75 6.75	5²⁵	Kammgarn für Herrenanzüge blau und farbig, la. Qualität, bis 160 cm breit. Mtr. 24.50 21.00 19.75 18.50 16.50 15.75	13⁹⁵
Popeline reine Wolle größte Auswahl in den modernsten Farben, 85-105 cm breit Meter 5.60 4.35 3.35	2⁹⁵	Zur gefil. Beachtung! Um auch der minderbemittelten Bevölkerung Gelegenheit zu den nötigen Winter-einkäufen zu geben, reservieren wir Waren, auf welche Anzahlung geleistet ist, 3-4 Wochen.		Mancheste in vielen Farben Meter 4.75 3.75		2⁸⁵	
Flausche für Mäntel, gute tragfähige Qualität Meter 11.75 10.50 9.75 8.50	4⁶⁵	Herren-Ulsterstoffe mit angewebtem Futter, la. Qualität Meter 28.00 26.00 24.50 19.00 16.50 14.50 10.50	6⁹⁰	Herren-Anzugstoffe für Sport und Straße, 140 cm breit, gute tragfähige Qualität. Met. 14.50 11.75 10.75 8.50 7.75 5.25	3⁸⁰	Hosenstreifen Größte Auswahl, la. Qualität Met. 21.75 19.50 17.30 16.75 15.75 11.75	9²⁵

Grösstes Spezialhaus am Platze für Herren-, Damen- und Seidenstoffe

Mitteldeutsche Textil-Gesellschaft

Halle a. d. Saale, Grosse Ulrichstrasse 12 und 52

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 31

Halle (S.), Sonnabend, 10. Oktober 1925

1. Jahrgang

Handelsminister Schreiber über die Wirtschaftslage

Die Entwicklung unseres Flugwesens — „Wirtschaftspolitik mit dem Blick auf die Gesamtheit“ — Sorgfältige Sozialpolitik — Zölle und Steuern — Verwaltungsreform.

Der Landtagsabgeordnete des Reichstages Halle-Merseburg, der Reichliche Handelsminister Dr. Schreiber, hielt vor einigen Tagen bei Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbernahrung im Reichstag eine große angelegte Rede, deren Gedankengang wir ameren Belegern nachfolgend wiedergeben:

Der Minister wies darauf hin, daß 900 000 Mark Mehrausgaben für die Unterhaltung der See- und Binnenschiffe vorgesehen sind, und daß die Mehrzahl für Berufs- und Jagdschiffe 32 Millionen Mark erfordert. Die Wirtschaft sei noch immer zu stark mit Berufs- und Jagdschiffen überladen, die durch ein Gesetz auf erträgliche Grenzen zurückgeführt werden. Der Minister kam dann auf das

Flugwesen

nd auf die Einschränkungen durch den Versailleser Vertrag zu sprechen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß man bei den jetzt beginnenden Pariser Verhandlungen die Länder einander so nahe bringen läge, daß auch auf diesem Gebiete die unerwünschten Einseitigkeiten der friedlichen Flugverkehrs für Deutschland beseitigt werden. Nach den bisherigen Zahlen für 1925 ist mit zu rechnen, daß sich die Zahl der auf deutschen Flugzeugen befördernden Fluggäste ebenso wie die Höhe der Frachtpreise und die Größe der zurückgelegten Strecken vervielfacht hat. Bei den Verhandlungen

Handelsverträge

elle die Regierung immer wieder den Gesichtspunkt in Vordergrund, daß Wirtschaftspolitik mit dem Blick auf die Gesamtheit und nicht auf die Sonderinteressen einer kleinen, aber tüchtigen Einzelgruppe der Wirtschaft zu betreiben ist. Eine

Sorgfältige Sozialpolitik

im Interesse der Zukunft unseres Volkes eine nationale Außenpolitik, doch dürfte die Sozialpolitik nicht schematisiert werden. Bei der Verleihung der Promotions- und Stipendien für die Handelshochschule Berlin und es sich um nichts anderes, als um ein Recht, wie bereits den wirtschaftlichen Fakultäten, die der Handelshochschule Berlin entsprechen, den Handelshochschulen in und Frankfurt a. M. seit einiger Zeit zusteht.

Der Minister kam dann auf das Verhältnis Preußens zu der Reichsbahn-Gesellschaft zu sprechen. Die Rechte Preußens seien stark

eingeschränkt. Man müsse darauf achten, daß der Preußen verlebene geringe Einfluß irgendwie nicht noch weiter beschränkt wird. In der Elektrizitätsversorgung umgekehrt die Gefahr, daß sich Monopole bilden, die den Verbrauchern einseitig die Preise vorzuschreiben könnten. Der staatliche Einfluß müsse hier eine solche Entwicklung zu verhindern suchen.

Was die

Wirtschaftslage im allgemeinen

angehe, so sei die zu erwartende Entwicklung sehr unübersichtlich. Ein düsterer Pessimismus sei jedenfalls ebenso bedenklich wie ein Optimismus. Evidentlich sei, daß sich auf dem Gebiete der

Kohlenwirtschaft

in letzter Zeit eine Verbundung zum Besseren eingestellt habe. In Oberschlesien ist die Förderung stark gesteigert worden, und die Halben konnten fast reiflos geräumt werden. Auch im niederschlesischen Kohlengebiet habe sich die Lage im Monat September gebessert, und im Ruhrgebiet dürfte der Tiefstand zum mindesten erreicht sein.

Der Minister ging dann auch auf die

Neuordnung der deutschen Zollpolitik

ein. Er wies darauf hin, daß die deutsche Ernte in diesem Jahre wesentlich besser sei, und daß dadurch wohl nicht nur eine Verlebung des inneren Marktes, sondern auch eine Verminderung der Einfuhr herbeigeführt werden könne. Das sicherste Mittel, die Ausfuhr zu heben, und die Einfuhr einzuschränken, wäre die

Senkung der deutschen Preise.

In der Wirtschaft lege sich ein gewisser Ausweichungsprozess weiter durch. Man sollte nicht erwarten, daß ungefähr 800 Kontakte neu eröffnet. Das entspräche etwa dem Zustand der Vorkriegszeit. Auf diesem Wege würde sich wohl alsdann wieder der Grundfalsch durchsetzen: „Großer Umsatz, kleiner Nutzen“

Im Interesse des Preisabbaues sei die

Erleichterung der Steuerlast

zu wünschen. In seinem Ministerium seien Tausende Erhebungen angefertigt worden, die daß die Steuerlast gegenmäßig mindestens das Fünftel der Zeit beträgt. Das Ist-Aufkommen an

in den ersten fünf Monaten des laufenden Etatsjahres im Reiche einen Ueberfluß von nicht weniger als 382 Millionen Mark. Die Ausgabe der Länder müsse es sein, bei der Neugestaltung der

Gewerbesteuer

darauf hinzuwirken, daß diese Steuer nicht so stark misbraucht wird, wie es durch manche Gemeinden geschehen ist und noch geschieht.

Der Handelsminister sieht in einer entschiedenen

Verwaltungsreform

einen geeigneten Weg zur Herabsetzung der gewaltigen Lasten der Wirtschaft. In den Industriegebieten dürfte die Eingemeindungsfrage zur Durchführung einer größeren Wirtschaftlichkeit der Verwaltung nicht weiter zurückgestellt werden. Die Klagen über die Höhe der Eisenbahntrahnen seien verständlich. Man müsse aber berücksichtigen, daß die Reichsbahn-Gesellschaft mit einer ungeheuren Pensionslast belastet sei. Auf 339 000 aktive Beamte kommen bei der Deutschen Reichsbahn gegenmäßig nicht weniger als 230 000 Beamte im Ruhestand. Es werde daher eine allgemeine Tarifherabsetzung zur Zeit kaum erreichbar sein. Der Minister erklärte aber, die Reichsbahn müsse sich entschließen, mehr als bisher Sonderabgaben einzuräumen und die jetzige Einstellung der Tarife nachzuprüfen.

Die Produktion in Deutschland werde erheblich belastet durch

das hohe Zinsniveau.

Die Herabsetzung der Zinsen werde erwünscht, weil die von den Banken ausgehenden Gelder zu nicht unvorteilhaftem Teile aus dem Auslande flammen und infolgedessen bestimmte Zinsverpflichtungen vereinbart worden seien. Sehr erfreulich sei

der Spartrieb,

der sich langsam wieder entwickle. Im ersten Halbjahre 1925 seien pro Kopf, auch unter Berücksichtigung der Geldentwertung, höhere Einlagen bei den Sparkassen gemacht

worden. Der Minister schloß seine

Rede mit dem Wunsch, daß die deutschen Wirtschaftskräfte sich in der Zukunft wieder entwickeln und die deutsche Wirtschaftskraft sich in der Zukunft wieder entwickeln und die deutsche Wirtschaftskraft sich in der Zukunft wieder entwickeln

Störenfriede.

Zwei Elemente haben den Beginn der Konferenz von Locarno schwer, doch nicht zu verhindern noch die Verhandlungen zu gefährden vermocht: die Russen und die Deutschnationalen. Der

Reichs-Ischiterins in Berlin

t die Militären in große Aufregung versetzt, sie sprachen von einer „Bombe“, nämlich dem Kaputt-Vertrag der Konferenz in Genoa. Deutschland hat keineswegs die Absicht, um des Sowjetreiches willen den nachbarn liegenden Europas zu gefährden, und bedankt sich öffentlich für die etwas taktlosen politischen Ratschläge des russischen Offiziers für auswärtige Angelegenheiten. Deutsch freuen wir uns über den besorgten Eifer Ischiterins in den Abschlus des

deutsch-russischen Handelsvertrages

der allem als deutsche Beweise dafür, daß Deutschland der Welt wieder etwas gilt und dieses zu bieten vermag. bedeutet die Stärkung von Seiten Russlands zugleich ein Aktium in unserem politischen Haushalt, was man von der deutsch-nationalen Tollpatschigkeit leider nicht haupten kann.

Ueber die sogenannten

Kriegsfolgebüßige

die sich die Deutschen fast aller Parteien einig, nicht aber die wirtschaftslosse Welt ihrer Bekämpfung. Wir erwarten die Lösung dieser Frage einzig von der wissenschaftlichen Forschung; die Deutschnationalen ansehend, sonst hätten sie sich an dieser Arbeit intensiver beteiligt. Wenn man aber das Heil von einer diplomatischen

Reichsminister a

Hugo Preuß

(Eig. Telegramm.)

Wir erhalten soeben die Nachricht, daß Minister Preuß vergangener Nacht plötzlichen Todes erlitten hat.

eine peinliche außenpolitische Niederlage

erlebt. Wäre die Konferenz an dieser einzig auf die deutsch-nationalen Wähler berechneten Weise gelockert, es wäre dieser verantwortungsbehafteten Partei nur lieb gewesen; denn das hätte sie nur aus einer fatalen Zwangslage befreit. Was liegt ihr an der Verbrüderung Europas? Was ist ihr Gebuda? Man wundert sich über

gegen die Kriegsschuldfrage losgelassen habe, als die jetzige „nationale“ Regierung. Wir haben uns selten dermaßen in Einklang mit der „D. Z.“ befinden und wünschen nur noch ergänzend hinzuzufügen, daß vor allem das Kaiserreich ebenso wie später die Regierung Marx — nicht die grenzenlose Torheit begangen haben, die Militären zu einer Antwort und folglich zu einer erneuten Befestigung auf die Kriegsschuldfrage des Versailleser Vertrages zu veranlassen. Das „Gewissen“ nennt den Schritt in der Schuldfrage einen „großen Reinfall“ und fragt hinzu: „Alle Ausrede, daß die Versaillesnote als einseitiger Akt seine Rückkraft auf die unvorteilhafte Behandlung von außen zu nehmen brauche und man mit einer solchen lauberen Reaktion der Gegner auf alle Fälle rechnete, ist ebenso unpolitisch

